

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1948**

61 (5.8.1948)

DAS NEUWE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1.60
einschl. Trägerlohn, bei Postbezug DM 1.96 / Anzeigen nach Preisliste 3
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Lahrer Kreis- und Anzeigebblatt

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2365 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4600
und Karlsruhe 2046 / Bankkonto: Odbank, Zweigstelle Lahr
Keine Ersatzanspr. bei Störung durch hoh. Gewalt / Telegramme: Neubaden

Nr. 61 / 9. JAHRG

DONNERSTAG, DEN 5. AUGUST 1948

PREIS 20 PFENNIG

Kein Treffen der Großen Vier

Wiederaufnahme der Besprechungen, sobald die von Stalin vorgelegten Punkte von Westmächten geprüft sind

London. Die Botschafter der drei Westmächte wurden am Montag von Marschall Stalin empfangen. Ein Sprecher des britischen Außenamtes erklärte am Dienstag, es sei in naher Zukunft kein Treffen der „Großen Vier“ zu erwarten. Es sollte in dieser Angelegenheit weder eine allzu optimistische noch eine allzu pessimistische Haltung eingenommen werden. Der Sprecher wies darauf hin, daß die Ost-West-Spannung äußerst delikate ist. Die Erklärung des britischen Sprechers zerstreut damit die Gerüchte, die nach den Stalin-Besprechungen von einem Treffen der vier Staatsoberhäupter der Großmächte wissen wollten. Allerdings hält man in inoffiziellen Kreisen auch jetzt noch an dieser Meinung fest.

Wohlunterrichtete Diplomatenkreise in der britischen Hauptstadt weisen darauf hin, daß es einige Tage dauern kann, bevor die Sonderbeauftragten der Westmächte in Moskau neue Instruktionen erhalten, die zur Zeit in Koordination zwischen den drei Staaten ausgearbeitet werden.

Die Besprechungen zwischen Vertretern der Westmächte und Stalin oder Molotow werden, wie in der amerikanischen Bundeshauptstadt am Mittwoch angenommen wird, wieder aufgenommen werden, sobald die Regierungen der drei Mächte die von Stalin am Montag den Westmächte-Botschaftern vorgelegten Punkte geprüft und beantwortet haben. Die Tatsache, daß alle vier Mächte über den Inhalt der Besprechungen strengste Geheimhaltung wahren, wird allgemein als ein ermutigendes Zeichen dafür angesehen, daß die Sowjetunion zu Verhandlungen bereit ist.

Obgleich noch kein Bericht über die Mos-

Englisch keine „offizielle“ Sprache

Sowjetunion weigert sich UN-Beobachter zur Donau-Konferenz zuzulassen.

Belgrad. Die Donau-Konferenz beschloß mit 7 gegen 3 Stimmen, Französisch und Russisch, wie von dem sowjetischen Delegierten Wjatschinski vorgeschlagen, als „offizielle“ Sprachen der Donau-Kommission zu erklären, während Englisch zusammen mit den beiden anderen Sprachen lediglich als Arbeitssprache zugelassen wurde.

Die amerikanische Delegation auf der Donau-Konferenz ist nach einer Erklärung des US-Außenministeriums der Ansicht, daß die Opposition der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Staaten gegen den Gebrauch des Englischen als „offizielle“ Konferenzsprache die Möglichkeit zunichte macht, die Besprechungen im Geiste der Zusammenarbeit zu führen.

Die Sowjetunion hat sich, wie aus dem Hauptquartier der UN verlautet, geweigert, Beobachter der Vereinten Nationen zu der gegenwärtig in Belgrad stattfindenden Donau-Konferenz zuzulassen.

Die Ursache des Ludwigshafener Unglücks

Keine Herstellung von Kampfstoffen

Berlin. Die Ursache der Ludwigshafener Explosionskatastrophe ist, wie der Adjutant des französischen Kontrolloffiziers im IG-Farben-Konzern hier erklärte, in der Explosion eines zur Entladung bereitstehenden Kesselwagens mit 20 Tonnen Äthylchlorid zu suchen. Auf Grund der von Spezialisten vorgenommenen Untersuchungen wird, wie er sagte, angenommen, daß einer undichten Stelle des Wagens Äthylchlorid entströmte und das Gas dann wahrscheinlich durch eine weggeworfene Zigarette explodierte. Der wahrgenommene Chlorgeruch sei darauf zurückzuführen, daß durch den chemischen Prozeß der Explosion das in den 20 Tonnen Äthylchlorid enthaltene Chlor frei wurde. Der französische Offizier wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Äthylchlorid in Ludwigshafen als Lösungsmittel für die Erzeugung von Zwischenprodukten und Farbstoffen benötigt wird.

In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Adjutant gegen Pressemeldungen, denen zufolge in dem Ludwigshafener Werk Kampfstoffe hergestellt worden seien, und erklärte: „Die östlich orientierten Zeitungen haben über die Ursache der Katastrophe zur Verfolgung politischer Zwecke

kauer Besprechungen veröffentlicht worden ist, legt die amerikanische Öffentlichkeit einen vorsichtigen Optimismus hinsichtlich einer Verständigung in Europa an den Tag. Die Tatsache, daß die drei Botschafter nach der Besprechung mit Stalin in einer fast fröhlichen Stimmung in die amerikanische Botschaft zurückkehrten, wird als bedeutsam betrachtet. Bisher wurde weder von Präsident Truman noch von anderen hohen Beamten Washingtons ein Kommentar zu den Besprechungen gegeben, es wurde jedoch betont, daß der Präsident die Entwicklung der Dinge scharf im Auge behält.

Die Westmächte werden, wie in London

angenommen wird, Viermächtebesprechungen nur dann befürworten, wenn sie eine zustimmende Antwort zu folgenden zwei Punkten erhalten: daß ihr Verbleiben in Berlin garantiert wird und daß alle vier Regierungen aufrichtig ein Uebereinkommen suchen und die Besprechungen nicht nur zu Propagandazwecken benutzen. Die notwendigen Vorbedingungen seien ein Uebereinkommen über eine ausführliche Tagesordnung und Maßnahmen zur Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen Westdeutschland und Berlin. Diese zwei Punkte sind, wie in London angenommen wird, wahrscheinlich bei der Moskauer Besprechung erörtert worden.

Die Zusammenkunft auf dem Hohenneuffen

Zehnköpfiger Ausschuß zur Prüfung der Ländervereinigung gebildet

Reutlingen. Die Konferenz auf dem Hohenneuffen, auf der die Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg erörtert wurde, umfaßte 57 Teilnehmer. Die Regierung von Südbaden mit Staatspräsident Wohleb an der Spitze war vollständig erschienen. Von den Ministern aus Nordwürttemberg-Baden fehlten nur Wirtschaftsminister Veit und Kultusminister Bäuerle. Die Vertretung von Südwürttemberg-Hohenzollern mußte auf Staatspräsident Bock verzichten, der erkrankt ist. An seiner Stelle war Innenminister Renner der Sprecher der Regierung von Tübingen. Abwesend war auch Staatsrat Prof. Dr. Schmid, der zu einer Vorstandssitzung der SPD in Hannover weilte. Außer den Mitgliedern der drei Landesregierungen nahmen ferner die Landtagspräsidenten und die Fraktionsführer an der Konferenz teil, allerdings mit Ausnahme der Vertreter der kommunistischen Partei. Ebenfalls anwesend war der stellvertretende Landeshauptmann von Hohenzollern, Müller, und der Landesdirektor des Innern von Nordbaden, Zimmermann.

Nach Abschluß der Beratungen fand eine Pressekonferenz statt, auf der Ministerpräsident Maier die anwesenden Journalisten von der gefaßten Entscheidung in Kenntnis setzte und anschließend zusammen mit Staatspräsident Wohleb und Innenminister Renner als dem Sprecher für das Land Württemberg-Hohenzollern nähere Erläuterungen zu dem Verlauf der Besprechungen gab.

Herstellung persönlicher Bande

Ministerpräsident Maier erklärte u. a.: „Wir sind nicht zusammengekommen, um Beschlüsse zu fassen, sondern um uns kennenzulernen und den gegenseitigen Standpunkt abzutasten. Die Schaffung der drei Länder nach Kriegsende hat eine gewisse Entfremdung herbeigeführt, und es ist notwendig geworden, die persönlichen Bande besonders mit Südbaden wieder herzustellen. Es habe sich bei der Konferenz vor allem darum gehandelt, sich auf die Ueberleitungsverfahren zu einigen, um dann später die Bevölkerung über die Frage der Vereinigung entscheiden zu lassen. Sollte sich das Volk für eine Vereinigung aussprechen, dann werde ein Landtag ge-

wählt werden, der über die Verfassung beschließen werde.

Ministerpräsident Maier betonte außerdem, daß den Landesregierungen durch das Dokument 2 der Oberbefehlshaber ein bestimmter Fahrplan gegeben worden sei, dessen Möglichkeiten man nicht verpassen dürfe, wenn man mit der Frage der Ländergrenzen nicht erst auf einen Friedensvertrag warten wolle. Er unterstrich ferner mit großem Nachdruck, daß sich der Zusammenschluß Nordbaden-Nordwürttemberg als ein bestimmender Faktor bei den Besprechungen erwiesen habe und daß in ihrem Verlauf niemand aus Nordbaden angeregt habe, diese Verbindung wieder aufzugeben.

Wohleb: Die Zeit drängt nicht

Staatspräsident Wohleb, an den im Verlauf der Pressekonferenz die Mehrzahl der Fragen gerichtet wurde, betonte ebenfalls, daß die Frage der Ländervereinigung letzten Endes nur von der Bevölkerung entschieden werden könne. Seine Regierung habe jedoch hinsichtlich einer Vereinigung Vorbehalte zu machen, und bevor sie sich entscheiden könne, müßten gewisse Vorbedingungen geschaffen werden. Darüber Klarheit zu schaffen, sei die Aufgabe des Prüfungsausschusses, dessen Bildung von der Konferenz beschlossen wurde.

Im Gegensatz zu Ministerpräsident Maier vertrat Staatspräsident Wohleb die Meinung, daß die Zeit nicht dränge und die Dinge in Ruhe geklärt werden müßten. Auf Fragen der Pressevertreter erläuterte Wohleb noch einmal die Gründe, die ihn zu seiner ablehnenden Haltung hinsichtlich eines Zusammenschlusses mit Württemberg veranlassen. Er sagte, in Südbaden habe man die Trennung des Landes sehr stark empfunden und ziele daher in erster Linie auf eine Wiedervereinigung der beiden Landesteile ab. Die 150 Jahre gemeinsamer Geschichte hätten ein starkes Band geschaffen, das ebenso fest sei, wie das, welches die Württemberger verbinde. Die Frage einer Vereinigung mit Württemberg habe schon seit den dreißiger Jahren keine Rolle mehr gespielt. Es sei für die Badener sehr schwer, sich an sie zu gewöhnen. Im übrigen glaube er, daß mit dem Wegfall der Zonengrenzen auch die bisher bestehenden Barrieren zwischen Württemberg und Baden beseitigt würden, so daß das wirtschaftliche Argument für die Vereinigung seiner Ansicht nach nicht stichhaltig sei. Außerdem müsse man sich überlegen, ob nicht drei Stimmen im süddeutschen Raum wichtiger seien als nur eine. (Der Badische Landtag wird sich in seiner heutigen Sitzung mit den Ausführungen und der Haltung seines Staatspräsidenten zu befassen haben. Unsere Stellungnahme behalten wir uns vor. D. Red.)

Der Ländervereinigungs-Ausschuss

Tübingen. In den Ausschuss, der die Frage der Ländervereinigung im südwestdeutschen Raum prüfen und innerhalb von zwei Wochen über die Bedingungen und Voraussetzungen einer Vereinigung von Nordwürttemberg-Baden, Südwürttemberg und Südbaden Bericht erstatten soll, sind gewählt worden:

Aus Nordwürttemberg-Baden: Finanzminister Dr. Köhler, Innenminister Ullrich, Landtagsabgeordneter Dr. Kessler. Aus Südwürttemberg: Innenminister Renner, Kultusminister Dr. Sauer, Wirtschaftsminister Wildermuth. Aus Hohenzollern: Stellv. Landeshauptmann Müller (Sigmaringen). Aus Südbaden: Justizminister Dr. Fecht, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Zürcher. Der dritte Vertreter Südbadens wird noch bestimmt werden.

Nürnberg und Dachau

Von Landesbischof D. Theophil Wurm

Um was geht es bei der Kritik an den Nürnberger und Dachauer Prozessen? Selbstverständlich nicht um den Versuch, aus Verbrechern Märtyrer zu machen. Wer heute irgendwelche Probleme des öffentlichen Lebens anfaßt, muß dies in erster Linie unter dem Gesichtspunkt tun: Wie tragen wir zur inneren Gesundung unseres Volkes bei; wie wehren wir der Wiederkehr eines Ausbruchs nationalistisch-revolutionärer Stimmung? Die schlimmste Auswirkung des Totalitarismus ist die Vernichtung des Rechtsdenkens, der Rechtssicherheit und der Rechtsgleichheit. Daß schon im Jahre 1933 das höchste deutsche Gericht nicht imstande war, die Komödie des Reichstagsbrandprozesses zu entlarven, daß der Reichsjustizminister die Morde des 30. Juli 1934 ungestraft hingehen ließ, hat die Rechtsverwilderung einreißend lassen, die dann in der Behandlung der Geisteskranken, der Juden und der oppositionellen Volkskreise ihren Höhepunkt erreichte. Nach nichts schennten sich die Besten unseres Volkes so sehr als nach Wiederherstellung des Rechts — und wie wurden sie enttäuscht! Zuerst durch das Entnazifizierungsgesetz und die Methoden seiner Ausführung. Ungehemmter Rachedurst konnte sich freie Bahn schaffen und wirkte in vielen Einzelfällen sich als Unrecht aus; denn Rache ist ihrem Wesen nach rechtsfeindlich. Das Schema war noch immer ein Feind saubereren Handelns im Bereich persönlicher Beziehungen und deshalb auch rechtsfeindlich, weil es persönliche Verschiedenheiten nicht berücksichtigt. Aber gerade das Schema, die Einteilung in Kategorien und die kollektiven Schuldvermutungen machten trotz rechtzeitiger Warnungen das Wesen dieses unglückseligen Gesetzes aus. Es hat der politischen Umerzählung des Volkes, der es dienen sollte, in weiten Kreisen geradezu entgegengehandelt.

Nicht so in die Breite gehen die unmittelbaren Auswirkungen der Kriegsverbrecherprozesse. Hier ging es in Nürnberg zunächst um Hauptschuldige. Doch hatte auch schon der erste Nürnberger Prozeß seine bedenklichen Seiten. Bei ihm wirkten alle Mächte mit, auch diejenige Macht, die durch das Abkommen vom August 1939 Hitler den Überfall auf Polen ermöglichte und sich dafür reichlich bezahlen ließ und dann ihrerseits zur Aggression gegen die baltischen Staaten und Finnland vorging. Es war bisher nicht üblich, den Begünstigten, Gehilfen oder Mittäter eines Verbrechens zum Gesetzgeber, Ankläger und Richter über den Verbrecher zu machen. Auch einige der Urteilsprüche konnten nur mit Kopfschütteln entgegengenommen werden. Aber immerhin — hier ging es weithin um prominente Vertreter des fürchbaren politischen Systems, das die Welt und uns ins Unglück gestürzt hat. Bei den weiteren von der Militärregierung veranstalteten Prozessen hat wiederum jenes schematische Denken die Oberhand gewonnen, das in erster Linie die Kategorien zu erfassen sucht und dem einzelnen nicht gerecht werden kann. Hier wird ein Mann wie Weizsäcker angeklagt, um darzutun, daß die deutschen Diplomaten und Beamten auf Jahrzehnte hinaus mit Schande belastet seien; Industrielle werden angeklagt, als ob es nur in Deutschland eine Rüstungsindustrie gegeben hätte, und wenn der Vater zu alt oder zu krank ist, dann wird der Sohn auf die Anklagebank gesetzt. Ist aber der Vorsitzende der „Abteilung Safeknacker und Mörder“ bereit, den Wink mit dem Galgen zu verstehen, so kann er im Vorzimmer der Anklage helfen Akten sichten und die Anklage mit der Zeugenbank vertauschen. Ist es nicht erschütternd, wenn der frühere Generalfeldmarschall Milch eidesstattlich versichert, einer der vernehmenden Beamten hätte ihm auf die Bemerkung, er sei kein Kriegsverbrecher, geantwortet: „Es ist uns ein leichtes, jedem Deutschen einen Kriegsverbrecher-Prozeß anzuhängen.“?

Wir sind überzeugt, daß die Richter in Nürnberg gerecht denkende Leute und tüchtige Juristen sind, die in öffentlicher Verhandlung auf einen fairen Ablauf des Verfahrens achten. Nicht ebenso überzeugt bin ich aber von den Maximen, nach denen auf Seiten der Anklage verfahren wird.

Eine ganz besondere Lage ist in den Dachauer Prozessen gegeben. Auffallend ist zunächst, wie man sich in Nürnberg von Dachau distanziert. Bestinformierte Leute erklären dort, sie wüßten von Dachau nichts; dies sei eine besondere Organisation. Nun, wir wissen es heute: Dachau war bis 1945 eine Hölle und ist es leider nach 1945 noch geraume Zeit geblieben. Mit vollem Recht hat der „Volkswille“ schon am 28. 6. 1947 erklärt: „Wir dulden es nicht, daß Leute, auch wenn sie Verbrecher sind, gefoltert und gequält werden.“ Auf seine Frage, wer die

